

THOMAS KACHEL, JULIA SCHARF

Soziale Sicherheit für Europa!

Memorandum zur Wahlkampfstrategie der PDS für die Europawahlen
Der AK EU der StipendiatInnenenschaft der RLS ist eine Arbeitsgemeinschaft, die sich zum Ziel gesetzt hat, ein Forum für die Diskussion linker Europapolitik zu sein und insbesondere die Europapolitik der PDS kritisch und solidarisch zu begleiten.

Das strategische Umfeld der EP-Wahlen 2004

Das hervorstechendste makropolitische Merkmal der derzeitigen Entwicklung in Europa ist unserer Meinung nach eine durchgreifende Kommerzialisierung/Neoliberalisierung der Gesellschaften in allen EU-Ländern (in unterschiedlicher Intensität), die, auch auf der Ebene der EU, von konkreten Akteuren der Politik und der Wirtschaft vorangetrieben wird und sich in europaweit forciertem Sozialabbau niederschlägt. So wird auch die EU selbst weiter umgestaltet: An die Stelle von staatlichen Regulierungsmechanismen (besonders Tarife und Gewinnsteuern, Grundversorgung), die der nunmehr offene europäische Kapital- und Arbeitskräftemarkt aushebelt, werden bewusst keine europäischen Pendanten gesetzt. Von der ursprünglich vorgesehenen Ergänzung der Wirtschafts- und Währungsunion durch eine Sozialunion wird nicht mehr geredet. Dies wird begleitet durch eine schleichende Militarisierung der außenpolitischen Rolle der EU, die die außenpolitische Konzeption des »soft power Europe« zunehmend verdrängt. Die umfassenden Krisenerscheinungen in Deutschland seit 2001 können durchaus im Kontext dieser gesamteuropäischen Politik gesehen werden.

Auch durch ihre Stellung in der deutschen Parteientektonik kommt der PDS die Aufgabe zu, den Wählern eine neue Perspektive anzubieten, die sich neoliberalen Lösungsansätzen klar erkennbar entgegenstellt. Nur durch den Wahlerfolg eines solchen eigenständigen Konzepts, das heißt von einer Position der Stärke aus, kann die europäische Linke ernsthaft kalkulieren, die Sozialdemokratie wieder zu einer sozialstaatlichen und redistributiven Strategie zu zwingen, und erst eine solche würde ein solides Fundament abgeben für eine neuartige Zusammenarbeit zwischen linken und sozialdemokratischen Parteien in Europa, die dann auch übernationale Synergieeffekte erzeugen kann.

Die PDS im strategischen Umfeld der Wahlen 2004

Nach ihrer Niederlage im September 2001 muss es der PDS bei den Europa-Wahlen 2004 gelingen, genügend Wählern wieder das Ge-

Thomas Kachel – Jg. 1970, Lehre bei der Deutschen Reichsbahn, Abi (zweiter Bildungsweg), Studium (Lehramt) Deutsch und Englisch Universität Leipzig, 1998/99 Aufbaustudium M Phil. Europäische Studien, Universität Cambridge (GB), seit April 2002: Promotionsstudent RLS, promoviert in Kulturstudien der Anglistik (Uni Leipzig) zu konkurrierenden regionalen und nationalen Diskursen in GB und Deutschland, seit Oktober 2002 Forschungsaufenthalt in Cambridge

fühl zu geben, dass die Wahl der PDS eine klare Zwecksetzung erfüllt, was im Moment bei zu wenigen potentiellen Wählern der Fall ist. Nur so kann die Partei entweder die Fünf-Prozent-Hürde überspringen oder zumindest einen sichtbaren Wählerrückgewinn erreichen, der die Partei auf mindestens 4,5 Prozent der deutschen Wählerstimmen bringen kann. Dafür bestehen nicht die schlechtesten Voraussetzungen: Die PDS kann versuchen, das seit 2001 in der Bevölkerung gärende Krisenbewusstsein, welches bisher ausschließlich von der rechtsliberalen Seite ausgenutzt wird, von links zu besetzen. Dieses Krisenbewusstsein speist sich einerseits aus der tiefen Verunsicherung über die persönliche soziale Zukunft vor dem Hintergrund der (europaweit) kollabierenden Staatsfinanzen, zum anderen aus der Zuspitzung der internationalen Lage durch den praktizierten Interventionismus der USA. Die PDS muss hier zwei Aufgaben meistern:

- die Kritik an der neoliberalen Strategie eindeutig machen und auf die europäische Ebene heben,
- ihre prinzipielle Opposition zur Militarisierung der EU deutlich machen.

Da die PDS heute im Medienalltag mehr und mehr marginalisiert wird, sollte sich der Wahlkampf auf diese beiden Schwerpunkte mit hohem Wiedererkennungswert konzentrieren. Das erfordert auch das In-Kauf-Nehmen von Verkürzungen (nicht von platten Verallgemeinerungen!) und das Sich-nicht-Scheuen vor Polemisierung. Der Mangel an persönlichem Charisma, an dem die PDS-Spitze zur Zeit leidet, muss im Wahlkampf durch die Prägnanz und die Griffigkeit der transportierten Botschaften und auch mit treffenden Argumentationen ausgeglichen werden.

Die PDS hat innerhalb des politischen Geschehens im Machtzentrum EU einen Randplatz inne. Aufgrund der momentanen strategischen Schwäche der Linken kann sie auch in den nächsten fünf Jahren nicht erwarten (und dementsprechend nicht versprechen), reale Veränderungen im und durch den politischen Prozess der EU-Institutionen selbst zu erreichen. Vielmehr sollte die Wahl mutig dazu genutzt werden, den Wählern grundsätzliche Alternativen der europäischen Entwicklung anzubieten (s. 3. und 4.). Das heißt auch, dass man sich nicht thematisch, und erst recht nicht vom sprachlichen Gestus her, auf die Ebene des »EU-Kauderwelsch« oder »Brusselese« begeben darf: Die Plakate und Slogans der PDS müssen die Menschen am Berliner Ostkreuz und in Hamburg-Altona erreichen, auch die in Nordvorpommern und der Oberpfalz – nicht die Parlamentskollegen in Straßburg.

Schwerpunkt I: Europäische Sozial- und Wirtschaftspolitik

Die PDS muss im Wahlkampf unverwechselbar und eindeutig zeigen: »Ums Soziale gehts«. Die EU-Thematik eignet sich dafür insofern, als auf dieser Ebene die konkreten Konsequenzen der neoliberalisierten wirtschaftspolitischen Rahmensetzungen in der EU, aber auch die konkrete Veränderbarkeit dieser Rahmensetzungen, deutlich gemacht werden kann:

- »SOZIALE Sicherheit für Europa«: Grundzüge der Wirtschaftspolitik der EU müssen mit der gebotenen Klarheit angegriffen wer-

Julia Scharf – Jg. 1979,
Studentin in der
Fachrichtung Russistik/
Bibliotheks- und Dokumen-
tationswissenschaften
Humboldt-Universität
zu Berlin.

den: insbesondere die monetaristischen Bestimmungen des Stabilitätspaktes sollten mit der Krisensituation in Deutschland in Zusammenhang gebracht werden. Die Festschreibung der Freiheit des Kapitaltransfers im Vertragswerk des Binnenmarktes muss deutlich kritisiert werden: Eine Kapitalexpportsteuer muss gefordert werden, die nur bei Direktinvestitionen in EU-Sozialdurchschnittsstandards erfüllenden Zielländern ausgesetzt wird, um Kapitalflucht in Billiglohnländer zu verhindern. Eine Vermögensabgabe bzw. Profitsteuer muss gefordert werden, um die Arbeitgeber daran zu hindern, sich über den Umweg der »Senkung der Lohnkosten« aus der paritätischen Sozialvorsorge herauszuwinden.

- »Keine amerikanischen Verhältnisse in Europa«: Das »Wirken« von Mario Monti als Wettbewerbskommissar der Kommission kann – vielleicht anhand der faktischen Aushebelung der Arbeitszeitdirektive oder anhand der Unterstützung bei der Schaffung von 325-Euro-Job-Ökonomieregionen – als konkretes Beispiel für die Durchsetzung einer Politik der sozialen Kälte herangezogen werden, die doch immer als das blinde und beinahe gesetzmäßige »Wirken der Marktkräfte« dargestellt wird, für die niemand verantwortlich sei.

- »Garantiertes Recht auf lebenslanges Lernen«: Die Welthandelsorganisation und die Europäische Kommission sind sich über den Warencharakter von Bildungs- und Kulturgütern weitgehend einig. Der jetzige Verfassungsentwurf sieht den weiteren Abbau von Handelsbarrieren in diesen Bereichen vor. Hier kann die PDS zeigen, wie der EU-unterstützte Abbau eines weiteren Stücks staatlicher Steuerungsfähigkeit zugunsten von Markt und Wettbewerb dazu führt, dass der »freie« Zugang zu (Aus-)Bildung nur noch für Beserverdienende existiert. Sie sollte fordern, dass die Wirtschaft, die von ausgebildeten Fachkräften und Forschung lebt, europaweit einheitlich zur Finanzierung der Bildungssysteme herangezogen wird.

- »Dem Osten in Brüssel eine Stimme«: Die PDS sollte fordern, dass Ostdeutschland, angesichts des wieder klareren Zurückbleibens gegenüber anderen Regionen in Deutschland, wieder als distinkte Region im Sinne einer Mitgliedschaft im »Komitee der Regionen« anerkannt wird und einen zentralen Förderungs-Stellenwert erhält.

- »Ein Europa der Menschen«: Ein Europa »von unten« sollte als ein positives Gegengewicht dargestellt werden – das Europäische Sozialforum in Florenz könnte als hoffnungsmachendes positives Zeichen für den Erfolg der Organisation von Widerstand vermittelt werden, das auch kulturell und vom Lebensgefühl her ein solidarisches Miteinander schafft und für jüngere Linkswähler attraktiv erscheint. Die PDS sollte werben für eine solidarische Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, Bürgervereinigungen und anderen zivilgesellschaftlichen Kräften in den osteuropäischen Beitrittsländern, um gemeinsam »von unten« einem gegeneinander gerichteten Standortwettbewerb entgegenzuwirken.

Schwerpunkt II: Europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Das Profil der PDS als prinzipielle Friedenspartei sollte im Wahlkampf voll zur Geltung gebracht werden. Durch das Ausscheren Großbritanniens und Spaniens in der Irakfrage hat sich zum wieder-

holten Male gezeigt, dass das Szenario, alle europäischen Staaten zu einer »Friedenslinie« verpflichten zu können, illusorisch ist, selbst wenn die Mehrheit aller EU-Regierungen tatsächlich einmal zu einer solchen Position gelangt (bzw. gebracht wird). Die unzweifelhaft Hoffnung machende Friedensdynamik, die sich in der Ablehnung der Irakintervention durch viele europäische Regierungen zeigt, kann nur durch verstärkten Druck in Richtung der »soft-power«-Konzeption der EU unterstützt werden.

- »Bleib bloß friedlich, Europa!«: Die derzeitige außenpolitische Situation sollte die PDS nutzen um klar zu machen, dass die Friedensposition im Irakkonflikt die richtige Position ist, die zukünftig auch gegen die Eigeninteressen der deutschen und französischen Außenpolitik verteidigt werden muss. Hier müssen insbesondere die Ergebnisse des Brüsseltreffens mit dem Vorschlag einer deutsch-französisch-belgischen luftgestützten Eingreiftruppe verurteilt werden.

- »Gerhard und Jaques: Kofi statt George!«: Die PDS sollte fordern, dass auch die EU in ihrer außenpolitischen Grundausrichtung die UNO-Charta zu achten hat. Die Petersberg-Aufgaben, die »friedensschaffende« Kampfeinsätze ohne UNO-Sanktionierung ausdrücklich einschließen, und die jetzt in die zu verabschiedende Verfassung eingearbeitet werden sollen, müssen nachdrücklich abgelehnt werden.

Die PDS kann und muss im April 2004 dem Wähler, der Wählerin ein entschiedenes »Ja, Aber« zur Europäischen Union anbieten, wobei dieses »Aber« um keinen Preis in der allgemeinen Zustimmung der Bundestagsparteien untergehen darf. Wir halten deshalb zum Beispiel eine »Zustimmung unter schlimmen Bauchschmerzen« zum Entwurf der europäischen Verfassung für gefährlicher als eine offensive Begründung der Ablehnung und die Aufstellung der Bedingungen, unter denen eine sich als links bezeichnende Partei diesem Entwurf zustimmen könnte. Die PDS muss entschiedener als bisher klar machen, dass es ihr nicht um die (Zustimmung zur) EU als nur juristisches Konstrukt geht, sondern um ein bestimmtes dahinterstehendes gesellschaftliches Konzept für Europa. Das ist die Dimension, die bei den Europawahlen durch die PDS thematisiert werden kann.